

Außenwirtschaft

Internationale Risiken für bayerische Unternehmen 2023

vbw

Studie

Stand: August 2023

Eine vbw Studie, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Die Risikolage fordert Europa und Deutschland als Standort heraus

Seit 2019 befragt die vbw bayerische Unternehmen, wie stark Risiken und Unsicherheiten ihr Geschäft beeinflussen und in welchem Umfang sie eigene Maßnahmen ergreifen, um diesen Risiken zu begegnen. Die vorliegenden Ergebnisse der vierten Befragung bestätigen schon länger absehbare Trends: Die Gesamtbelastung durch Risiken nimmt zu, das internationale Geschäft wird schwieriger, Gegenmaßnahmen der Unternehmen stoßen an Grenzen.

Unternehmen sehen sich mit vielen verschiedenen Risiken konfrontiert. Jedes einzelne von ihnen ist eine Herausforderung, die Summe der Risiken führt zum am Standort Deutschland teilweise nicht mehr handhabbaren Problemen. Die größten Einzelrisiken mit entsprechend hoher Standortrelevanz sind fehlende Fachkräfte und steigende Kosten. Große, internationale ausgerichtete Unternehmen sind besonders risikosensibel und gleichzeitig eher als andere in der Lage, Risiken eigene Maßnahmen entgegenzusetzen. Das wichtige verarbeitende Gewerbe hat gegenüber dem Vorjahr Risikokompetenz aufgebaut, stößt aber nach wie vor auf wichtigen Feldern an enge Grenzen – zu nennen sind hier Abhängigkeiten von ausfallgefährdeten kritischen Infrastrukturen.

Erstmals haben wir für diese Studie danach gefragt, ob und welche Risiken sich auf Standort- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen auswirken. Ein beachtlicher Teil der Unternehmen bestätigt diesen Einfluss. Die stärkste Auswirkung auf Standort- und Investitionsentscheidungen haben strukturelle Kostensteigerungen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Klima- und Umweltpolitik der Zielmärkte und die Standortbedingungen in Deutschland. Alle diese drei Hauptfaktoren sind besonders stark von staatlichem Handeln geprägt, sei es in den außereuropäischen Zielmärkten oder durch politische Entscheidungen in Brüssel und Berlin.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen: Wir müssen die Verbesserung der Standortqualitäten Deutschlands und Bayerns sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wieder in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen in Berlin und Brüssel stellen.

Bertram Brossardt
21. Juli 2023

Inhalt

Zusammenfassung	1
1 Allgemeine Entwicklung der Risikolage	3
2 Risikoeinschätzung der Unternehmen	5
2.1 Risikoeinschätzung in der Gesamtschau	5
2.2 Risikoeinschätzung im Vergleich der Unternehmenskategorien	9
3 Vorbereitung der Unternehmen auf Risiken	11
4 Einfluss der Risiken auf Standort- und Investitionsentscheidungen	18
4.1 Standortrelevante Risikofaktoren im Vergleich	19
4.2 Einzelne Standortfaktoren im Vergleich der Unternehmenskategorien	20
Literaturverzeichnis	26
Ansprechpartner/Impressum	27

Zusammenfassung

Verschärfte Risikolage erfordert agiles Risikomanagement und zeigt hohen Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen.

Risikolage auf hohem Niveau eingependelt

Das internationale Risikoumfeld für bayerische Unternehmen hat sich auf Besorgnis erregendem Niveau eingependelt. Das ist ein Ergebnis einer aktuellen Umfrage unter 300 bayerischen Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe und den industrienahen Dienstleistungen zu möglichen Geschäftsrisiken. Ein klarer Rückgang der Risikoeinschätzung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich nur beim Thema Pandemien sowie bei den Faktoren Ausfall kritischer Infrastruktur und Rohstoffverfügbarkeit, die in der Sondersituation kurz nach der russischen Invasion im Vorjahr auf ein sehr hohes Niveau gestiegen waren. Bei vierzehn weiteren Faktoren blieb die Risikoeinschätzung der bayerischen Firmen weitgehend auf hohem Niveau oder verschärfte sich weiter. Beispielsweise wird das Risiko Finanzmarktkrise deutlich gravierender als noch im Vorjahr eingeschätzt und wirkt als zusätzliche Belastung in einem ohnehin schon sehr schwierigen Risikoumfeld.

Rahmenbedingungen am Standort ein zunehmendes Problem

Die Energiekrise belastet weiter durch erhebliche strukturelle Kostensteigerungen. Zusätzlich wird immer deutlicher, dass Energie- und Klimawende erhebliche Anpassungskosten mit sich bringen werden. Auch die allgemeinen Standortbedingungen werden zunehmend als Problem gesehen. In der Gesamtschau zeichnet die Umfrage damit ein besorgniserregendes Bild der unternehmerischen Rahmenbedingungen am Standort Bayern.

Fachkräfte-Engpässe wandern an die Spitze der Risikokala

Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften war in den Vorjahren durch die Sonderentwicklungen der Corona-Pandemie und der Energiekrise etwas in den Hintergrund getreten, steht nun aber ganz vorn auf der Sorgenliste der bayerischen Firmen. Der Risikofaktor wird mit 20 Prozentpunkten mehr als im Vorjahr als deutlich gravierender eingeschätzt. Auf Platz zwei und drei der Risikokala werden die Faktoren strukturelle Kostensteigerungen und Cyber-Kriminalität erneut als hochgradig risikobehaftet gesehen – rund zwei von fünf Firmen stufen sie jeweils als hohes Risiko ein.

Große und international tätige Unternehmen bleiben besonders risikosensibel...

Erneut sind Großunternehmen am risikosensibelsten, gefolgt von stark internationalisierten Firmen. Am anderen Ende des Spektrums stehen nicht internationalisierte Firmen, die sich von den abgefragten Risiken deutlich weniger betroffen sehen. Die Politik sollte sich bei ihrer Risikoanalyse daher eher an den großen und internationalisierten Unternehmen orientieren, wenn es darum geht, das Risikoumfeld einzuschätzen und mögliche neue Risiken zu identifizieren. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Risikoeinschätzung durchweg weiter zugenommen. Alles in allem zeigt sich damit über alle Unternehmenstypen hinweg eine ansteigende Verunsicherung.

... und sind am besten auf Risiken vorbereitet

Während die Risiken insgesamt höher eingeschätzt werden, sehen sich die Unternehmen durch ihre Gegenmaßnahmen etwas schlechter darauf vorbereitet als im Vorjahr. Dabei schneiden Großunternehmen wie im Vorjahr am besten ab, gefolgt von stark internationalisierten Firmen. Nicht international tätige Firmen sind am schlechtesten vorbereitet, wohl auch, weil sie weniger risikosensibel sind. Gruppenübergreifend relativ gut vorbereitet sehen sich die bayerischen Unternehmen vor allem auf Cyber-Risiken. Auch beim Thema Digitalisierung ist das überwiegend der Fall, allerdings mit im Vergleich zum Vorjahr rückläufiger Tendenz. Für am wenigsten gewappnet halten sich die bayerischen Unternehmen bei den Risikofaktoren Standortbedingungen, Geopolitik und Finanzmarktkrise – also Bereiche, wo eigene unternehmerische Vorsorge an ihre Grenzen stößt.

Problemfaktoren als Ansatzpunkt für Wirtschaftspolitik

Besonderes Augenmerk muss Problemfaktoren gelten, bei denen die Unternehmen hohe Risiken sehen, aber nur eine begrenzte Vorbereitung erreichen, weil sich die Risiken mit betrieblichen Maßnahmen nur begrenzt einhegen lassen. Wirtschaftspolitik hat die wichtige Aufgabe, solche Unsicherheitsfaktoren frühzeitig zu identifizieren und wo möglich auszuräumen. Zudem sollte sie betriebliche Anpassungsstrategien flankieren und nicht selbst zu weiterer Verunsicherung beitragen. Die Umfrage identifiziert als solche Faktoren mit hohem politischem Handlungsbedarf vor allem die Risiken Geopolitik, Ausfall kritischer Infrastruktur sowie Klima-/Umweltpolitik. Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sind besonders häufig von diesen und anderen Problemfaktoren betroffen, was eine Gefahr für den Industriestandort Bayern signalisiert.

Hoher Einfluss auf Standort- und Investitionsentscheidungen

In der diesjährigen Umfrage wurden die Unternehmen auch nach der Relevanz der 17 Risikofaktoren für Standort- und Investitionsentscheidungen gefragt und danach, ob diese Faktoren ihr Geschäftsmodell gefährden, als Investitionshemmnis wirken oder Anlass für eine Auslandsverlagerung geben. Aus Sicht der bayerischen Firmen rangieren dabei strukturelle Kostensteigerungen, Fachkräfte-Engpässe, Standortbedingungen sowie Klima-/Umweltpolitik als relevanteste Faktoren ganz oben. Problematisch ist, dass Geschäftsmodellrisiko und Investitionshemmnis oft ähnlich hoch bewertet werden: Investitionen sind in der Regel ein wichtiger Hebel zur Anpassung des Geschäftsmodells.

Die Reaktionsmöglichkeit Auslandsverlagerung wird in der Gesamtschau von deutlich weniger Firmen genannt. Das gilt jedoch nicht für Großunternehmen und stark internationalisierte Firmen, wo ein solcher Schritt deutlich leichter fällt als etwa bei noch nicht internationalisierten Firmen. So erwägt beispielsweise fast jedes fünfte bayerische Großunternehmen wegen der schlechten Standortbedingungen eine Verlagerung ins Ausland und gut jedes siebte stark internationalisierte Unternehmen wegen struktureller Kostensteigerungen. Werden diese Überlegungen in die Tat umgesetzt, würde dies den Standort Bayern empfindlich schwächen.

1 Allgemeine Entwicklung der Risikolage

Die wirtschaftliche Situation bleibt mit großen Unsicherheiten behaftet

Die Risikolandschaft ist seit Jahren von immer neuen Unsicherheiten geprägt. Drei Vorläuferstudien (vbw, 2019; 2021; 2022) haben das Risikoumfeld beschrieben und analysiert. Immer wieder brachen einschneidende Krisen weitgehend unerwartet über die bayerische Wirtschaft herein, mit zum Teil gravierenden Auswirkungen. Dies gilt besonders für die globale Finanzmarktkrise 2008/2009 und die Corona-Pandemie, die zu Einbrüchen der deutschen Wirtschaftsleistung zwischen vier und fünf Prozent führten. Zuletzt kam der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit deutlichen Folgen insbesondere für die Energiemärkte in Europa hinzu.

Auch wenn es in einigen Bereichen wie bei den Lieferkettenstörungen Anzeichen der Entspannung gibt, setzen persistent hohe Inflationsraten, zunehmende geopolitische Spannungen und Bedenken über die Investitionsbedingungen die Unternehmen in Deutschland unter Druck. Hinzu kommt der mögliche Sogeffekt des Inflation Reduction Act der USA bei (Hüther/Matthes, 2022). Die Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zeigen erneut, dass global tätigen Unternehmen bei einer Fragmentierung der Weltwirtschaft gravierende Unwägbarkeiten drohen. Das deutsche Geschäftsmodell ist tief in internationale Wertschöpfungsketten integriert und auch auf der Absatzseite von verlässlichen Rahmenbedingungen und offenen Märkten abhängig. Infolge der anhaltend erhöhten Energiekosten hat in Deutschland bereits ein deutlicher Rückgang der energieintensiven Produktion stattgefunden, zum Beispiel in der Chemiebranche oder bei der Metallherzeugung (Küper/Obst, 2023). Neuinvestitionen am Standort Bayern und in Deutschland werden vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen unwahrscheinlicher.

Schon vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hatten angebotsseitige Störungen dazu geführt, dass die Inflation in Deutschland im Jahresvergleich 2021 zu 2020 um über drei Prozent zunahm. Im Jahr 2022 lag die Verbraucherpreissteigerung bei knapp sieben Prozent. Das ist die höchste Teuerungsrate seit der Ölkrise zu Beginn der 1970er Jahre. Die Abkoppelung von russischer Energie war ein maßgeblicher Treiber dafür (Koenen et al., 2022). Kräftig gestiegene Import- und Erzeugerpreise setzten viele bayerische Firmen unter erheblichen Kostendruck. Die Steigerung der Erzeugerpreise erreichte im September 2022 einen Rekordwert von fast 46 Prozent, was etwa dreimal so hoch war wie der Preisanstieg während der ersten Ölpreiskrise in den 1970er Jahren.

Im Laufe des Jahres 2022 haben nicht nur die gestiegenen Preise für international gehandelte Waren und Dienstleistungen insgesamt, sondern auch der schwache Wechselkurs des Euro zum US-Dollar zur hohen Inflation beigetragen. Diese trifft die Haushalte und Unternehmen gleichermaßen und führt zu Zweitrundeneffekten im Güter- und Arbeitsmarkt. Bei zu hohen Tarifabschlüssen droht eine Lohn-Preis-Spirale, die die Geldpolitik weiter unter Druck setzt.

Verbunden mit der höheren Inflation werden Finanzmarktrisiken akuter. Die großen Zentralbanken wie die Europäische Zentralbank (EZB) und das Federal Reserve System (FED) haben seit 2022 eine aggressive Zinswende eingeleitet. Bevor höhere Zinsen die Inflation richtig bremsen können, zeigen sich bereits Risse im Bankenmarkt. Die Insolvenz der Silicon Valley Bank in den USA ist die größte Bankenpleite seit der globalen Finanzmarktkrise 2008. Weil die meisten anderen Banken die Belastung durch den Zinsanstieg besser zu managen scheinen, ist eine systemische Bankenkrise aktuell nicht sehr wahrscheinlich. Sollte es doch anders kommen, wären die wirtschaftlichen Folgen für die USA und Deutschland aber bedeutsam (Obst, 2023). Die eingeleitete Zinswende hat zudem hierzulande die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und die Immobilienwirtschaft verschlechtert und die Bauinvestitionen einbrechen lassen. Das könnte wiederum negativ auf die Bankbilanzen durchschlagen und zu Problemen bei der Finanzierung bayerischer Unternehmen führen.

Zusätzlich zu hohen Energiekosten wird der Fachkräfte-Engpass zunehmend zur Belastung für deutsche Unternehmen und verschlechtert die Standortbedingungen. Gemäß der IW-Konjunkturumfrage vom November 2022 (Bardt/Grömling, 2023) erwarteten 77 Prozent der Unternehmen für das Jahr 2023 Produktionsstörungen aufgrund eines eingeschränkten Angebots an Arbeitskräften. Damit hat fehlendes Personal derzeit die höchste Bedeutung für Produktionsprobleme in deutschen Unternehmen. Aufgrund des demografischen Wandels dürfte sich der Mangel an Beschäftigten dauerhaft als großes Problem für die bayerischen Unternehmen erweisen. Laut einer Studie (Tiedemann/Malin, 2023) erreichte die Fachkräftelücke, also die Anzahl der offenen Stellen, für die es rechnerisch bundesweit keine qualifizierten Arbeitslosen gibt, im Jahr 2022 ein Rekordniveau. Sie betrug im Jahresdurchschnitt mehr als 630.000 Stellen, die nicht besetzt werden konnten, und lag damit auf dem höchsten Stand seit Beginn des Beobachtungszeitraums im Jahr 2010. Hinzu kommt ein zweiter Negativtrend. Die Zahl der jungen Menschen ohne Berufsausbildung steigt seit Jahren und verschärft die Knappheit an qualifiziertem Personal. Volkswirtschaftlich stellt der Fachkräftemangel somit eine Wachstumsbremse dar.

Klimarisiken wie Unwetter oder anhaltende Trockenheit sowie eine deutlich verschärfte Klimapolitik in Europa und Deutschland erzeugen ebenfalls höhere Anpassungslasten. Die umfangreichen Regulierungsvorhaben der Europäischen Union (EU) im Rahmen des Green Deal und ihre Folgen drohen die Unternehmen im Strukturwandel zu überfordern. Das betrifft sowohl international agierende Unternehmen als auch kleinere Betriebe, die im deutschen und europäischen Markt tätig sind.

2 Risikoeinschätzung der Unternehmen

Angespannte Risikolage zusätzlich durch Finanzmarktkrise und Fachkräfte-Engpässe belastet

Für diese Studie wurde im März und April 2023 eine CATI-Telefonumfrage (Computer Assisted Telephone Interview) unter rund 300 bayerischen Unternehmen aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund durchgeführt. Die Befragten wurden gebeten, zu einem Katalog von 17 Unsicherheitsfaktoren ihre Risikoeinschätzung und ihre Reaktionen auf die jeweiligen Risiken anzugeben. Zu jedem Faktor wurde zudem nach der Relevanz für Standort-/Investitionsentscheidungen des Unternehmens gefragt. Als Strukturvariablen wurden die Unternehmensgröße, die Branchenzugehörigkeit und der Internationalisierungsgrad der Unternehmen erfasst.

2.1 Risikoeinschätzung in der Gesamtschau

Die Vorläuferstudie 2022 stand stark unter dem Einfluss des russischen Überfalls auf die Ukraine. Die Risikofaktoren Ausfall kritischer Infrastruktur, strukturelle Kostensteigerungen und Rohstoffverfügbarkeit bildeten die Top-3-Risiken. In diesem Jahr zeigt sich eine Neusortierung (Abbildung 1):

- Fachkräfte-Engpässe stehen 2023 ganz oben, der Unsicherheitsfaktor Ausfall kritischer Infrastruktur fällt auf den vierten Platz.
- Strukturelle Kostensteigerungen belasten die bayerischen Unternehmen nach wie vor stark und stehen wie im Vorjahr auf Platz zwei.
- An dritter Stelle steht diesmal die Cyber-Kriminalität und nicht mehr der Risikofaktor Rohstoffverfügbarkeit, der auf Platz sechs abrutschte.

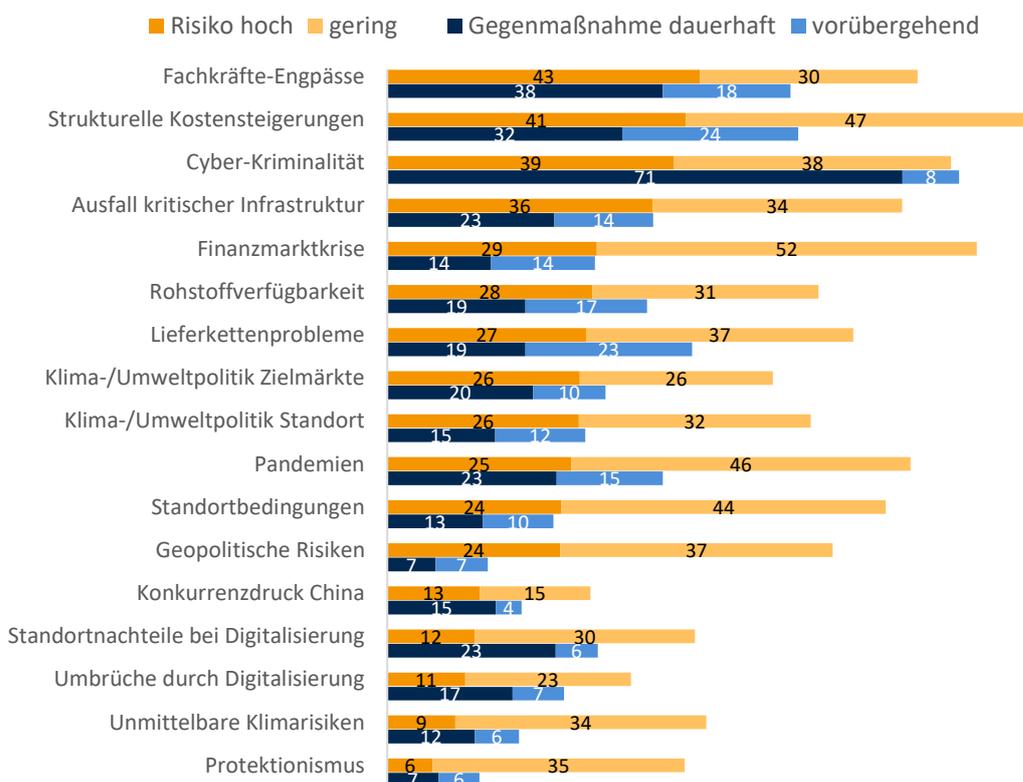
Als weitere zentrale Ergebnisse sind zu nennen:

- Auf Platz fünf steht in diesem Jahr das Thema Finanzmarktkrise, das nach den jüngsten Bankenturbulenzen in den USA von den bayerischen Unternehmen deutlich gravierender eingeschätzt wird.
- Auf Platz sieben folgen die Lieferkettenprobleme, die im Vergleich zu 2022 nur eine Stelle nach unten gerutscht sind.
- Die Faktoren Klima-/Umweltpolitik (Zielmärkte und Standort in Deutschland) stehen diesmal merklich höher auf dem achten und neunten Platz.

Deutliche Relevanz haben in diesem Jahr also neben den angebotsseitigen Störungen aufgrund des Ukraine-Krieges auch wieder langfristige Themen wie Fachkräfte-Engpässe und Klimapolitik.

Abbildung 1
Risikobewertung und Gegenmaßnahmen aller Unternehmen

Angaben in Prozent



Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“; Gegenmaßnahmen dauerhaft: auch strategisch.
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Abbildung 2 vergleicht die Umfrageergebnisse seit 2019. Anzumerken ist, dass die Vergleichbarkeit mit 2019 etwas eingeschränkt ist. Seit 2021 wurden dagegen fast durchweg die gleichen Risikofaktoren und -definitionen verwendet, sodass der Vergleich mit diesen Jahren gut möglich ist.

Deutlich wird, dass Risiken mit Bezug zum Russland-Ukraine-Krieg und der Pandemie etwas zurückgefallen sind. Allerdings beobachten wir eine Normalisierung auf hohem Niveau. So liegt der Anteil der bayerischen Unternehmen, die ein „hohes Risiko“ sehen, beispielsweise bei den Faktoren **Ausfall kritischer Infrastruktur** oder **Rohstoffverfügbarkeit**, immer noch deutlich über dem Niveau von 2021, obwohl diese Faktoren weniger weit oben rangieren.

Abbildung 2
Risikoeinschätzung im Zeitvergleich

Anteil der Antworten „hohes Risiko“ in Prozent, Differenz 2023 ./ 2022 in Prozentpunkten

Risikofaktoren	2019	2021	2022	2023	Differenz 2023 zu 2022
Fachkräfte-Engpässe	63	22	23	43	20
Strukturelle Kostensteigerungen	22		42	41	-1
Cyber-Kriminalität	22	27	30	39	9
Ausfall kritischer Infrastruktur		19	46	36	-10
Finanzmarktkrise	14	23	18	29	11
Rohstoffverfügbarkeit	22	17	36	28	-8
Lieferkettenprobleme		20	28	27	-1
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte		6	9	26	17
Klima-/Umweltpolitik Standort	21	14	7	26	19
Pandemien		42	33	25	-8
Standortbedingungen	17	21	19	24	5
Geopolitische Risiken		11	24	24	0
Konkurrenzdruck China	19	9	8	13	5
Standortnachteile bei Digitalisierung		10	15	12	-3
Umbrüche durch Digitalisierung	15	8	9	11	2
Unmittelbare Klimarisiken	9	6	6	9	3
Protektionismus	13	10	10	6	-4

Vergleich zu 2019 vereinzelt nicht möglich. Strukturelle Kostensteigerungen: 2019 gefragt nach Energiekosten-/verfügbarkeit. Umbrüche durch Digitalisierung: 2019 gefragt nach digitalen Geschäftsmodellen. Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Der Risikofaktor **Fachkräfte-Engpässe** wird mit einem Hochrisikoanteil von 43 Prozent und einem Anstieg von 20 Prozentpunkten sehr viel gravierender eingeschätzt als 2021 und 2022. Bemerkenswert ist, dass im Jahr 2019 bereits 63 Prozent der Firmen hier ein hohes Risiko sahen, was damals ebenfalls Rang eins bedeutete. In den beiden Folgejahren sorgte vermutlich die Corona-Krise für eine aus heutiger Sicht vorübergehende Entspannung. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften droht zu einem längerfristigen Problem für die bayerischen Unternehmen zu werden.

Strukturelle Kostensteigerungen – etwa für Energie, Vorleistungen, Lagerhaltung oder Personal – bleiben wie im Vorjahr unverändert der zweitwichtigste Risikofaktor. Der Russland-Ukraine-Krieg hat schon bestehende Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorprodukten noch einmal verschärft. In der Folge fürchten 41 Prozent der bayerischen Unternehmen diesen Faktor als hohes Risiko. Weitere 47 Prozent sehen hier zumindest ein geringes Risiko, sodass fast 90 Prozent aller bayerischen Firmen besorgt sind – so viele wie bei keinem anderen Unsicherheitsfaktor. 2019 sahen mit 22 Prozent der bayerischen Firmen noch deutlich weniger bayerische Unternehmen in den Kosten und der Verfügbarkeit von Energie ein hohes Risiko.

Cyber-Kriminalität – etwa Datendiebstahl und Lahmlegung des Betriebs – wird im Zeitvergleich mit einem Hochrisikoanteil von 39 Prozent nochmals gravierender eingeschätzt als

in den Vorjahren. Die Cyber-Risiken sind im Vergleich zum Vorjahr von Platz fünf auf Platz drei nach oben gewandert. Bezieht man die Einschätzungen als „geringes Risiko“ ein, sind drei von vier bayerischen Unternehmen besorgt. Hier ist ebenfalls ein Bezug zum Russland-Ukraine-Krieg sowie zur verschärften geopolitischen Lage im Hinblick auf China denkbar, denn von Russland und China gehen erfahrungsgemäß viele Cyberangriffe aus, sodass sich die Gefahrenlage durch den aktuellen Konflikt verschärft hat.

Den **Ausfall kritischer Infrastruktur** – etwa Stromausfälle und Engpässe bei der Gas- und Wasserversorgung – sehen 36 Prozent der bayerischen Unternehmen als hohes Risiko an. Im Vorjahr taten dies noch 46 Prozent der bayerischen Firmen. Damit hat die Sorge um die Verlässlichkeit kritischer Infrastruktur etwas an Bedeutung verloren, bleibt aber auf relativ hohem Niveau.

Das Risiko einer **Finanzmarktkrise** ist angesichts des rapiden Zinsanstiegs, der jüngsten Bankenpleiten in den USA und zeitweiliger Turbulenzen an den globalen Aktienmärkten größer geworden. Das scheint in die Risikoeinschätzung der Unternehmen aktuell einzufließen, sodass mit 29 Prozent mehr bayerische Unternehmen ein höheres Risiko erkennen als im Vorjahr und dieser Faktor von Rang zehn auf Platz fünf vorrückt. Weitere 52 Prozent sehen hier zumindest ein geringes Risiko, sodass acht von zehn bayerischen Firmen bezüglich der Entwicklung am Finanzmarkt besorgt sind.

Nach diesen fünf wichtigsten aktuellen Risiken stechen unter den weiteren Risikofaktoren die **Klima- und Umweltpolitik (Zielmärkte ebenso wie Standort)** bei der Hochrisiko-Einschätzung mit einem Anteil von jeweils 26 Prozent heraus. Diese beiden Risikofaktoren werden mit plus 17 und plus 19 Prozentpunkten deutlich relevanter eingeschätzt als im Vorjahr. Das sind zwei der drei größten Zuwächse bei der Risikoeinschätzung. Dahinter steht vermutlich, dass die Bemühungen zur Umsetzung des Green Deal in Berlin und Brüssel und damit verbunden die absehbaren Anpassungsnotwendigkeiten und Kostensteigerungen stärker in das Bewusstsein der Unternehmen vorgedrungen sind.

Auch wenn beim Thema **Standortbedingungen** der Hochrisikoanteil mit 24 Prozent im unteren Mittelfeld liegt, stieg die gesamte Risikoeinschätzung (einschließlich des Anteils „geringes Risiko“) auf fast 70 Prozent aller bayerischen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr (47 Prozent) merklich an. Hier dürfte deutlich werden, dass es in Zeiten hoher Belastungen durch exogene Risiken umso wichtiger ist, durch Reformen die Standortattraktivität der eigenen Volkswirtschaft zu stärken. Die Unternehmen erkennen hier offensichtlich erheblichen Handlungsbedarf.

Dagegen sehen die bayerischen Firmen ein Erstarren des **Protektionismus und Pandemien** mittlerweile als weniger relevant an. Beim Faktor Protektionismus überrascht dies ein wenig. Denn hier zeichnet sich in der Messung von Handelsbarrieren und anderen Umfragen kaum eine Entspannung ab. Zudem lässt der Russland-Ukraine-Krieg und Chinas Solidarität mit Russland die Sorge vor einer Blockbildung zwischen Autokratien und dem demokratischen Westen aufkommen.

2.2 Risikoeinschätzung im Vergleich der Unternehmenskategorien

Abbildung 3 vergleicht die Hochrisiko-Einschätzung verschiedener Unternehmenskategorien. Zur Veranschaulichung sind die Anteilswerte einheitlich über alle Kategorien durch graue Balken dargestellt. Die Ampelfarben zeigen zeilenweise an, welche Unternehmenskategorie beim jeweiligen Risikofaktor den höchsten (rot) und niedrigsten (grün) Wert aufweist.

Abbildung 3

Risikoeinschätzung im Vergleich ausgewählter Unternehmenskategorien

Anteil der Antworten „hohes Risiko“ in Prozent

Risikofaktoren	Alle Unternehmen	Großunternehmen	Nicht internationalisiert	Stark internationalisiert	Verarbeitendes Gewerbe
Fachkräfte-Engpässe	42,9	73,8	38,4	56,2	41,6
Strukturelle Kostensteigerungen	40,9	67,3	37,8	36,2	45,2
Cyber-Kriminalität	39,3	59,5	26,8	63,3	30,5
Ausfall kritischer Infrastruktur	36,3	37,0	39,4	29,3	50,3
Finanzmarktkrise	28,7	33,3	27,6	25,8	36,0
Rohstoffverfügbarkeit	28,1	57,0	18,8	49,6	37,2
Lieferkettenprobleme	27,3	52,3	19,1	44,6	26,5
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte	26,4	23,8	24,8	21,1	21,9
Klima-/Umweltpolitik Standort	26,3	40,3	30,6	21,7	36,1
Pandemien	25,2	21,4	18,4	44,9	24,3
Standortbedingungen	23,9	48,7	26,4	28,9	29,2
Geopolitische Risiken	23,7	46,3	14,8	41,3	25,6
Konkurrenzdruck China	12,7	21,4	6,3	28,4	12,6
Standortnachteile bei Digitalisierung	12,0	16,7	12,5	11,8	7,4
Umbrüche durch Digitalisierung	10,7	1,2	8,9	9,9	7,4
Unmittelbare Klimarisiken	9,3	4,7	14,9	5,5	6,5
Protektionismus	6,2	26,1	3,8	11,9	9,5

Großunternehmen: Mehr als 250 Beschäftigte; Stark internationalisiert: Auch außerhalb der EU tätig.
 Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Bei allen Unternehmenskategorien gehören Fachkräfte-Engpässe zu den Top 3 der Risikofaktoren. Bei Kostensteigerungen gilt das für vier der fünf Kategorien (Ausnahme sind stark internationalisierte Unternehmen) und bei Cyber-Kriminalität für drei von fünf.

Erhebliche Divergenzen zeigen sich bei der Gesamtschau auf die Risikobewertung nach Unternehmenskategorien. Bayerische Großunternehmen sind deutlich risikosensibler als die anderen hier aufgeführten Gruppen, wie die rote Einfärbung von acht Feldern in dieser Spalte zeigt. Am wenigsten risikosensibel sind die nicht internationalisierten Firmen, was die überwiegend grüne Einfärbung verdeutlicht. Zwischen beiden Gruppen gibt es bei den Risiken Fachkräfte-Engpässe oder Rohstoffverfügbarkeit große Unterschiede von bis zu 38 Prozentpunkten. Bemerkenswert ist zudem, dass bayerische Großunternehmen Fachkräfte-Engpässe viel kritischer sehen als der Durchschnitt aller Firmen. Bei stark internationalisierten Unternehmen betrifft dies die Cyber-Kriminalität. Das Verarbeitende Gewerbe

schätzt im Vergleich zu allen Unternehmen die Faktoren Ausfall kritischer Infrastruktur und Finanzmarktkrise als besonders risikobehaftet ein.

Bei drei Risikofaktoren – Klima-/Umweltpolitik (Zielmärkte), Umbrüche durch Digitalisierung und Standortbedingungen – weicht der Hochrisikoanteil in der Kategorie „alle Unternehmen“ deutlich von den vier anderen hier ausgewählten Unternehmenstypen ab. Grund dafür sind die – der Übersichtlichkeit halber in der Grafik nicht abgebildeten – Unternehmenskategorien „Kleinunternehmen“ (weniger als 50 Beschäftigte) und „unternehmensnahe Dienstleister“ (u. a. Logistik, Großhandel, Information und Kommunikation, Erbringung von freiberuflichen Dienstleistungen). Diese Gruppen sind numerisch strukturebedingt groß, fallen also bei der Durchschnittsbildung stark ins Gewicht. Das Thema Klima-/Umweltpolitik (Zielmärkte) verbinden zum Beispiel 27 Prozent der Kleinunternehmen und 29 Prozent der unternehmensnahen Dienstleister mit einem hohen Risiko. Diese überdurchschnittlichen Werte ziehen den Gesamtdurchschnitt in ihre Richtung. Ähnlich ist es bei den Umbrüchen durch Digitalisierung. Andersherum verhält es sich bei den allgemeinen Standortbedingungen, die von diesen Gruppen als unterdurchschnittlich risikobehaftet empfunden werden. Bei den in diesem Absatz nicht aufgeführten Risikofaktoren zeigen sich keine entsprechenden Auffälligkeiten.

3 Vorbereitung der Unternehmen auf Risiken

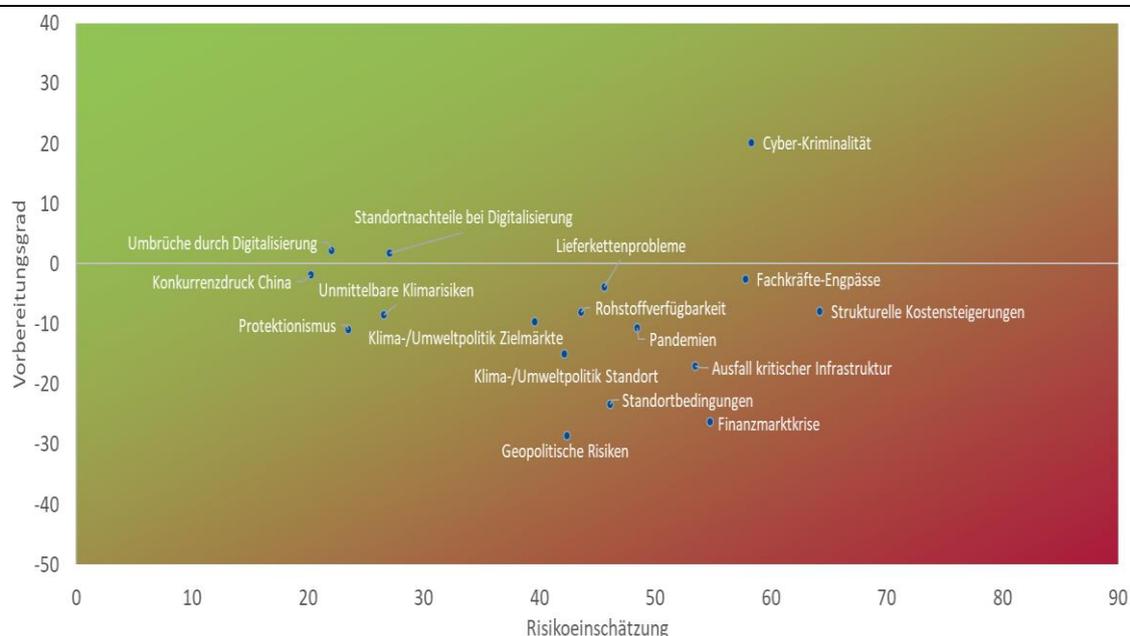
Unternehmenskategorien im Vergleich

Um festzustellen, wie gut die bayerischen Unternehmen auf die verschiedenen Risikofaktoren vorbereitet sind, wurden sie auch zu temporären und dauerhaften Gegenmaßnahmen gefragt (Abbildung 1).

Um abzuschätzen, ob die Vorbereitung ausreichend ist, ist der Blick allein auf den Anteil der Unternehmen mit Gegenmaßnahmen nicht hinreichend. Vielmehr sind Gegenmaßnahmen für jeden Unsicherheitsfaktor in Relation zu dem Ausmaß des jeweilig empfundenen Risikos zu setzen. In Anlehnung an die Vorläuferstudien wird dazu die Differenz zwischen Gegenmaßnahmen (strategisch plus temporär) und Risikoeinschätzung (volles hohes und halbes geringes Risiko) betrachtet (vbw, 2022). Diese Maßzahl wird als Vorbereitungsgrad bezeichnet und gibt eine Orientierung dazu, wie umfangreich Unternehmen auf spezifische Risiken reagieren oder reagieren können. Ein negativer Wert deutet darauf hin, dass im Vergleich zu ihrer eigenen Risikoeinschätzung relativ wenige Unternehmen Gegenmaßnahmen ergriffen haben.

Die Abbildungen 4 bis 8 veranschaulichen für die verschiedenen Unternehmenskategorien in Abbildung 3, wie die Risikoeinschätzung und der Vorbereitungsgrad zueinanderstehen. Dies geschieht in Form von Punktwolken in einem Diagramm mit diesen beiden Dimensionen an der horizontalen x-Achse und der vertikalen y-Achse. Je weiter rechts ein Risikofaktor auf der x-Achse verortet ist, desto höher sind die mit ihm verbundenen Risiken. Auf der y-Achse stehen Werte über null für einen Vorbereitungsstand, der die Risikoeinschätzung überwiegt. Werte unter null deuten darauf hin, dass die Unternehmen bei dem betreffenden Unsicherheitsfaktor dem Risiko nicht hinreichend gegensteuern (können). Bei Verortungen rechts unten im roten Bereich kommen hohes Risiko und schwach ausgeprägte vorbeugende Maßnahmen zusammen. Hier zeigt sich, wo die aktuelle Risikolage zu besonderen Problemen führt und Unternehmen folglich besonders auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Abbildung 4
Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – alle Unternehmen



Risikoeinschätzung in Prozent: Anteil der Unternehmen mit Einschätzung „hohes Risiko“ plus halbiertes Anteil „geringes Risiko“; Vorbereitungsgrad in Prozentpunkten: Differenz zwischen der Antwortanteils-summe dauerhafter/temporärer Gegenmaßnahmen und der Risikoeinschätzung.
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

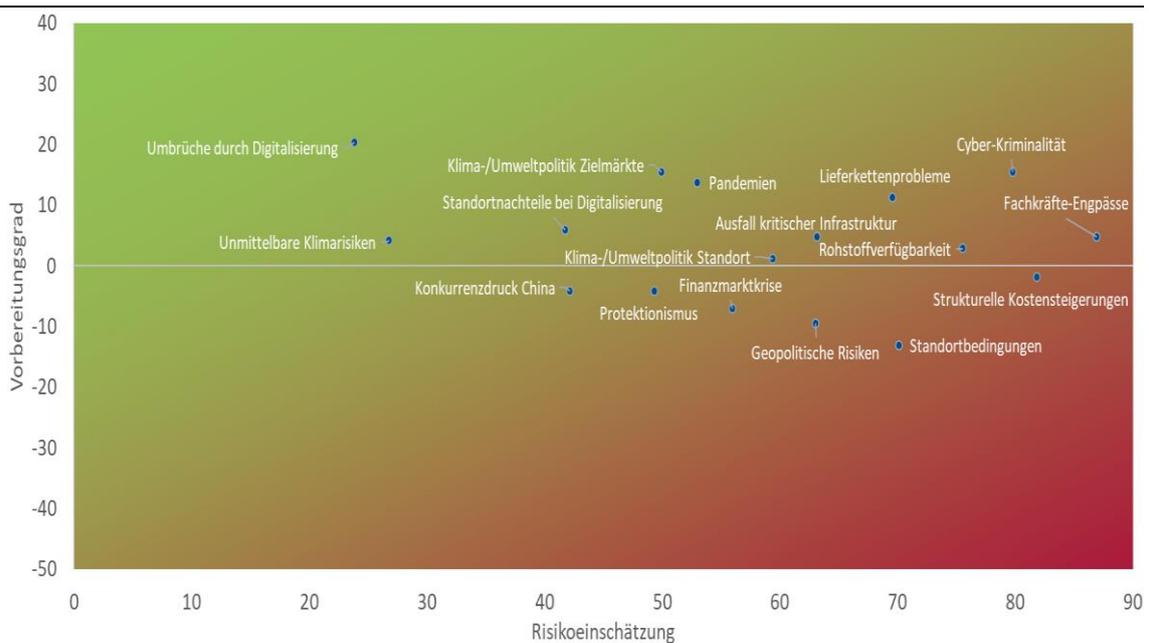
Schon der Blick auf alle Unternehmen führt zu einem differenzierten Bild (Abbildung 4). Lediglich drei Faktoren finden sich beim Vorbereitungsgrad im positiven Bereich. Die Unterschiede sind erheblich: Bei Cyber-Kriminalität beträgt der Wert plus 20, bei geopolitischen Risiken minus 29. Der durchschnittliche Vorbereitungsgrad über alle Risikofaktoren liegt bei minus neun. Zahlreiche Risiken weisen einen Vorbereitungsgrad von weniger als minus zehn auf. Problematisch erscheint das insbesondere bei Faktoren mit hoher Risikoeinschätzung. Dazu gehören in erster Linie geopolitische Risiken, Finanzmarktkrise, Standortbedingungen und Ausfall kritischer Infrastruktur. Hier liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sich die Unternehmen bei diesen Risiken nur eingeschränkt in der Lage sehen gegenzusteuern, da diese Faktoren weitgehend außerhalb ihrer Einflussphäre liegen. Zudem zeigt sich der problematische Befund, dass beim Blick auf alle einzelnen Risikofaktoren eine hohe Risikoeinschätzung tendenziell mit einem geringen Vorbereitungsgrad einhergeht.

Im Vergleich zum Vorjahr (vbw, 2022) fällt in der Gesamtschau auf alle Faktoren der Vorbereitungsgrad etwas geringer aus, obwohl die Risiken insgesamt höher eingeschätzt werden. So ist die Risikoeinschätzung im Durchschnitt aller Risikofaktoren von 38 auf 42 Prozent gestiegen, während der durchschnittliche Vorbereitungsgrad von minus sieben auf minus neun sank. Besonders beim Thema Digitalisierung (Standortnachteile und

Umbrüche) hat der Vorbereitungsgrad im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich abgenommen.

Abbildung 5

Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – Großunternehmen



Risikoeinschätzung in Prozent: Anteil der Unternehmen mit Einschätzung „hohes Risiko“ plus halbiertes Anteil „geringes Risiko“; Vorbereitungsgrad in Prozentpunkten: Differenz zwischen der Antwortanteils-summe dauerhafter/temporärer Gegenmaßnahmen und der Risikoeinschätzung.

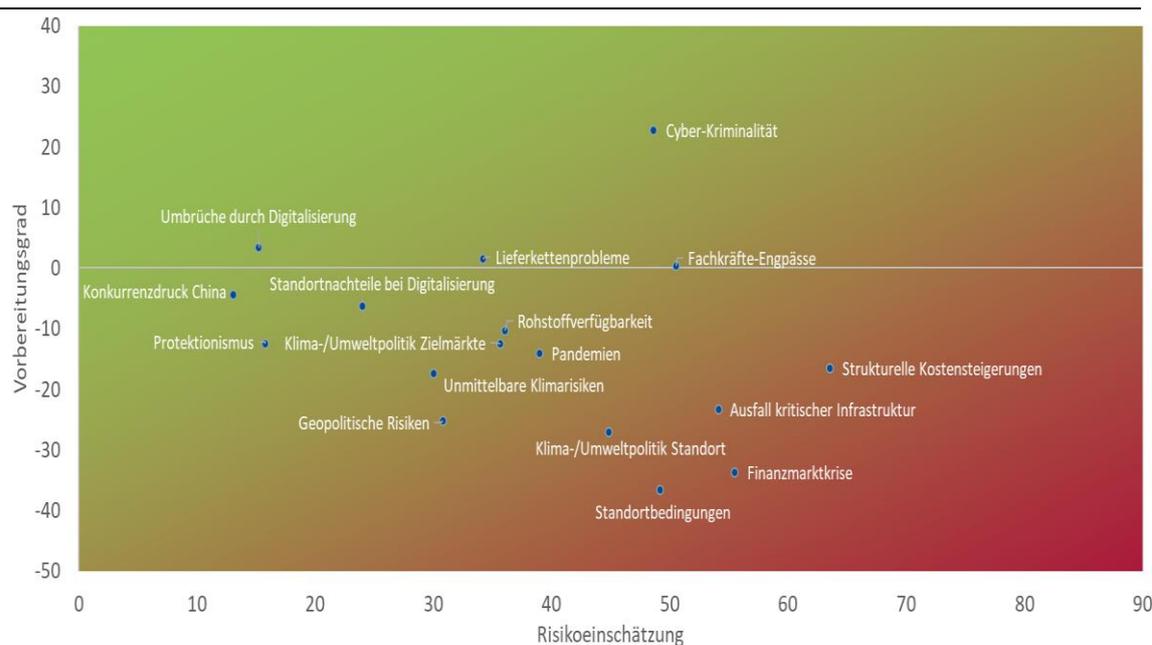
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Ähnlich wie im Vorjahr ist bei den Großunternehmen (Abbildung 5) die Risikowahrnehmung mit durchschnittlich 58 Prozent deutlich stärker ausgeprägt als bei allen Unternehmen (42 Prozent). Bei Cyber-Kriminalität, strukturellen Kostensteigerungen und Fachkräfte-Engpässen erreicht sie mittlerweile sogar Werte von 80 oder höher. Allerdings fällt auch der Vorbereitungsgrad dieser Gruppe mit durchschnittlich plus vier im Vergleich zu allen anderen betrachteten Unternehmenskategorien am höchsten und sogar positiv aus. Die Großunternehmen nehmen Risiken also am sensibelsten wahr und bereiten sich am besten darauf vor. Mehr als die Hälfte der Unsicherheitsfaktoren (11 von 17) liegt auf der Vorbereitungsskala oberhalb der Nulllinie. Bis auf den Risikofaktor Standortbedingungen liegen alle anderen besser als minus zehn. Umbrüche durch Digitalisierung, Klima-/Umweltpolitik (Zielmärkte) und Cyber-Kriminalität weisen den höchsten Vorbereitungsgrad von plus 15 oder mehr auf.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Großunternehmen besser auf geopolitische Risiken vorbereitet. Gleiches gilt auch für Rohstoffverfügbarkeit, Lieferkettenprobleme und den

Ausfall kritischer Infrastruktur. Die Standortbedingungen werden allerdings deutlich kritischer eingeschätzt, und der Vorbereitungsgrad ist hier etwas schlechter als im Vorjahr.

Abbildung 6
Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – nicht internationalisierte Unternehmen



Risikoeinschätzung in Prozent: Anteil der Unternehmen mit Einschätzung „hohes Risiko“ plus halbiertes Anteil „geringes Risiko“; Vorbereitungsgrad in Prozentpunkten: Differenz zwischen der Antwortanteils-summe dauerhafter/temporärer Gegenmaßnahmen und der Risikoeinschätzung.
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

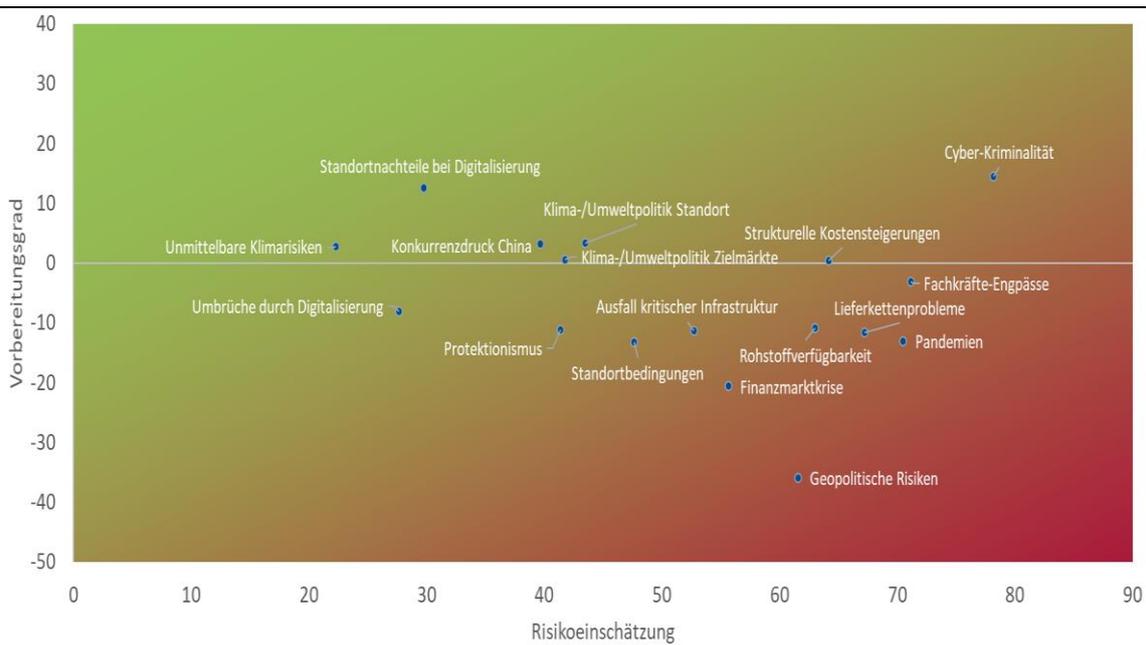
Bei nicht internationalisierten Unternehmen (Abbildung 6) ist die Abweichung zwischen dem höchstem Vorbereitungsgrad (Cyber-Kriminalität: +23) und dem niedrigsten (Standortbedingungen: -37) deutlich größer als im Durchschnitt aller Firmen. Der durchschnittliche Vorbereitungsgrad über alle Risikofaktoren ist mit minus zwölf Prozentpunkten geringer als im Durchschnitt aller Unternehmen (-9). Nicht internationalisierte bayerische Firmen erscheinen also insgesamt schlechter auf Geschäftsrisiken vorbereitet. Zudem ist die Risikowahrnehmung dieser Gruppe mit durchschnittlich 38 Prozent etwas schwächer ausgeprägt als beim Durchschnitt aller Unternehmen (42 Prozent). Nicht internationalisierte Firmen sehen also weniger Risiken und bereiten sich seltener darauf vor.

Nur drei Faktoren weisen einen positiven Vorbereitungsgrad auf, darunter Lieferkettenprobleme. Gegen diese sehen sich die nicht internationalisierten Unternehmen zudem deutlich besser vorbereitet als im Vorjahr. Fachkräfte-Engpässe liegen auf der Nulllinie. Bei internationalen Themen wie geopolitischen Risiken oder Finanzmarktkrise liegt der Vorbereitungsgrad um minus 20 Punkte und darunter. Nicht internationalisierte Firmen könnten

ihre indirekte Betroffenheit hier aber möglicherweise unterschätzen. Gleichzeitig stellen die internationalen Themen gepaart mit den Unsicherheitsfaktoren Standortbedingungen und Klima-/Umweltpolitik (Standort) wie erwähnt Bereiche dar, die außerhalb der direkten Kontrolle der Unternehmen liegen, aber wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf anzeigen.

Abbildung 7

Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – stark internationalisierte Unternehmen



Risikoeinschätzung in Prozent: Anteil der Unternehmen mit Einschätzung „hohes Risiko“ plus halbiertes Anteil „geringes Risiko“; Vorbereitungsgrad in Prozentpunkten: Differenz zwischen der Antwortanteils-summe dauerhafter/temporärer Gegenmaßnahmen und der Risikoeinschätzung.
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

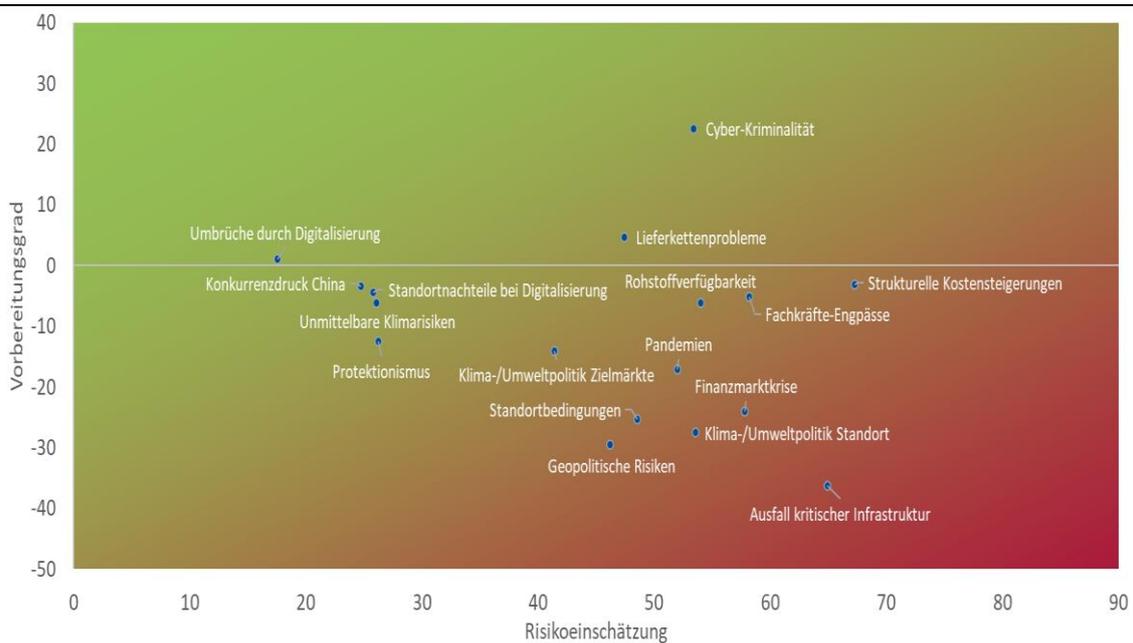
Bei den stark internationalisierten Unternehmen (Abbildung 7) zeigen sich deutliche Unterschiede zu den nicht internationalisierten Firmen und zum Durchschnitt aller Unternehmen. Neben der Risikoeinschätzung mit durchschnittlich 52 Prozent ist auch der Vorbereitungsgrad mit durchschnittlich minus sechs Prozentpunkten deutlich höher, aber wesentlich geringer als bei den Großunternehmen. Gleichwohl liegen immerhin sechs Faktoren beim Vorbereitungsgrad im positiven Bereich, darunter Cyber-Kriminalität, Klima-/Umweltpolitik (Zielmärkte und Standort), unmittelbare Klimarisiken und Konkurrenzdruck China.

Neben einem insgesamt höheren Vorbereitungsgrad finden sich auch weniger Werte im stark negativen Bereich. Umbrüche durch Digitalisierung, die im Jahr 2022 den höchsten Vorbereitungsgrad aufwiesen, und Fachkräfte-Engpässe liegen diesmal dennoch im negativen Bereich. Die Unsicherheitsfaktoren Finanzmarktkrise und geopolitische Risiken liegen

sogar bei unter minus 20. Bei den geopolitischen Risiken kommen eine im Vergleich zum Vorjahr deutlich höhere Risikoeinschätzung und ein niedrigerer Vorbereitungsgrad zusammen. Dieser Risikofaktor stellt damit ein besonderes Problem für die stark internationalisierten Unternehmen dar, das sogar noch gravierender geworden ist. Möglicherweise spielt hier eine Rolle, dass sich auch das Verhältnis zu China deutlich eingetrübt hat und Chinas Drohungen gegenüber Taiwan Sorgen vor einer geopolitischen Eskalation schüren.

Abbildung 8

Risikoeinschätzung und Vorbereitungsgrad – Verarbeitendes Gewerbe



Risikoeinschätzung in Prozent: Anteil der Unternehmen mit Einschätzung „hohes Risiko“ plus halbiertes Anteil „geringes Risiko“; Vorbereitungsgrad in Prozentpunkten: Differenz zwischen der Antwortanteils-summe dauerhafter/temporärer Gegenmaßnahmen und der Risikoeinschätzung.
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Ähnlich wie im Vorjahr zeigt sich bei den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe erneut ein problematisches Bild. Zwar ähnelt die Risikoeinschätzung mit 45 Prozent im Durchschnitt derjenigen aller Unternehmen. Der durchschnittliche Vorbereitungsgrad liegt jedoch bei minus 11 Prozentpunkten, ist also kaum besser als bei den nicht internationalisierten Unternehmen (-12). Nur bei Cyber-Kriminalität und Lieferkettenprobleme zeigt sich ein klar positiver Vorbereitungsgrad. Die bayerischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe sind außerdem mehr auf strukturelle Kostensteigerungen vorbereitet als im Vorjahr. Dagegen finden sich viele deutlich negative Vorbereitungsgrade von minus 20 Prozentpunkten und schlechter – bis zu minus 36 Prozentpunkten beim Ausfall kritischer Infrastruktur. Aufgrund der zugleich hohen Risikoeinschätzung finden sich gleich mehrere Risikofaktoren (Klima-/Umweltpolitik Standort, Standortbedingungen oder geopolitische Risiken) im oder am Rand des rötlichen Bereichs.

Damit wird deutlich, dass die zusätzlichen Belastungen durch die Folgen zunehmender klimapolitischer Regulierungen und verschlechterter Standortbedingungen die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe besonders stark treffen. Sorgenvoll stimmt auch, dass im Verarbeitenden Gewerbe ebenfalls eine hohe Risikoeinschätzung oft mit einer geringen Vorbereitung auf die Risiken einhergeht. Auch das zeigt die Anfälligkeit im bayerischen Verarbeitenden Gewerbe für die verschärfte Risikolage.

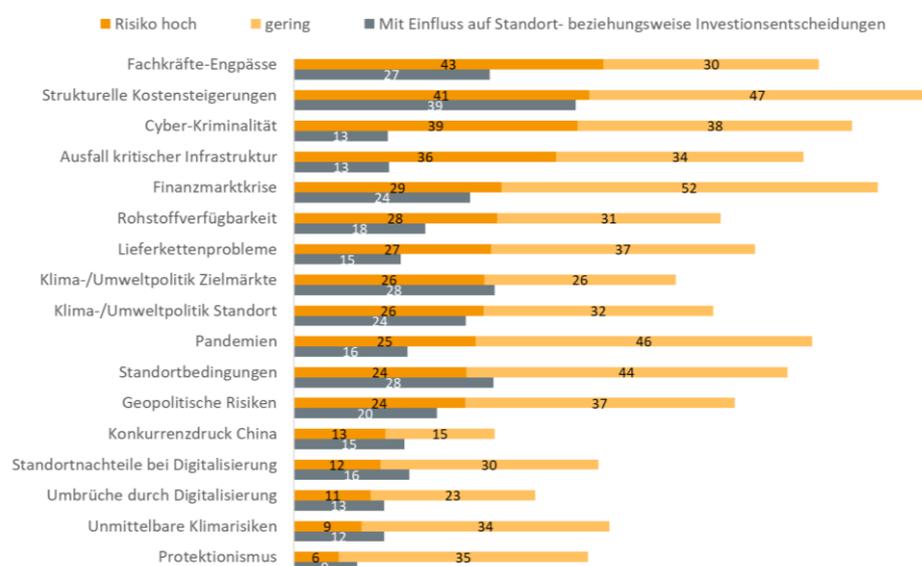
4 Einfluss der Risiken auf Standort- und Investitionsentscheidungen

Nicht beherrschbare Risiken führen zu Produktionsanpassungen

Angesichts der öffentlichen Debatte über eine mögliche Deindustrialisierung und über eine potenzielle Abwanderung vor allem energieintensiver Produktion aus Deutschland wurde in der diesjährigen Umfrage erstmals gefragt, inwiefern jedes Risiko eine Standort- bzw. Investitionsrelevanz hat. Den Unternehmen, die mit ja oder eher ja antworteten, wurden dann folgende Fragen gestellt: (a) *Wird dadurch Ihr Geschäftsmodell oder werden wichtige Teile davon infrage gestellt?* (b) *Werden dadurch bei Ihnen Erweiterungs- oder Ersatzinvestitionen gehemmt?* (c) *Verlagern Sie deshalb Produktion ins Ausland?* Die folgenden Abbildungen stellen die Antwortanteile an allen Unternehmen dar, beziehen sich also immer auf die Grundgesamtheit der Befragung.

Abbildung 9

Risiken und Einfluss auf Standort- bzw. Investitionsentscheidungen



Alle Unternehmen; Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“; Angaben in Prozent.
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Abbildung 9 zeigt: Es gibt keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Gewichtung der Risikofaktoren und dem Anteil der Unternehmen, die damit einen Einfluss auf die Standort- oder Investitionsentscheidungen verbinden. Auch bei Faktoren, denen sie ein eher geringes Risiko zumessen, sehen Unternehmen Standort- bzw. Investitionsrelevanz.

So liegen Standortbedingungen bei der Risikoeinschätzung im unteren Mittelfeld. Trotzdem geben 28 Prozent der bayerischen Unternehmen an, dass dieser Faktor Standort- bzw. Investitionsrelevanz hat. Ähnliches gilt für die Risikofaktoren Klima-/Umweltpolitik (Standort und Zielmärkte). Hier sehen 24 respektive 28 Prozent der bayerischen Unternehmen einen Einfluss. Strukturelle Kostensteigerungen haben mit einem Anteil von 39 Prozent der Unternehmen den größten Einfluss auf eine Standort- bzw. Investitionsentscheidung. Die Energiekrise und der erhebliche Kostendruck zeigen also bereits deutliche Auswirkungen. Die nicht oder nur schwer beherrschbaren Risiken könnten somit zu Produktionsanpassungen, einer gehemmten Investitionstätigkeit und Auslandsverlagerung führen.

4.1 Standortrelevante Risikofaktoren im Vergleich

Abbildung 10 stellt die Ergebnisse im Vergleich ausgewählter Unternehmenskategorien dar. Die Sortierung folgt der Risikorangfolge der Abbildung 3 aus Kapitel 2. Die farbliche Markierung der Felder ordnet die Standort- bzw. Investitionsrelevanz drei Gruppen zu. Die Farbgebung ist in orangefarbenen Warnfarben gehalten, weil es um Gefährdungspotenziale geht. Die Einteilung in drei orangefarbene Abstufungen richtet sich nach dem Antwortanteil des Einflusses auf die Standort-/Investitionsentscheidungen: je höher der Einfluss, desto dunkler ist die Warnfarbe. Die Markierung in drei Farbgruppen erfolgt in Intervallen von 15 Prozentpunkten.

Abbildung 10

Einfluss auf Standort- bzw. Investitionsentscheidungen im Vergleich

Angaben in Prozent

Risikofaktoren	Alle Unternehmen	Großunternehmen	Nicht internationalisiert	Stark internationalisiert	Verarbeitendes Gewerbe
Fachkräfte-Engpässe	27,1	41,6	29,6	34,2	19,2
Strukturelle Kostensteigerungen	39,1	41,9	41,0	37,0	37,4
Cyber-Kriminalität	13,0	21,4	12,8	22,4	13,1
Ausfall kritischer Infrastruktur	13,2	26,2	12,4	15,3	25,0
Finanzmarktkrise	24,4	32,1	19,2	28,9	27,6
Rohstoffverfügbarkeit	18,2	30,9	13,9	20,9	22,6
Lieferkettenprobleme	14,8	25,0	11,7	28,1	17,0
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte	27,8	25,1	23,5	27,7	19,1
Klima-/Umweltpolitik Standort	23,8	47,5	19,9	27,8	23,2
Pandemien	15,7	10,7	7,6	24,2	16,7
Standortbedingungen	27,6	46,3	26,2	31,6	30,3
Geopolitische Risiken	19,8	23,8	8,9	36,5	15,7
Konkurrenzdruck China	15,3	28,5	8,5	35,1	13,8
Standortnachteile bei Digitalisierung	16,0	16,7	10,2	25,5	11,3
Umbrüche durch Digitalisierung	12,5	21,5	7,8	16,6	8,7
Unmittelbare Klimarisiken	12,5	20,3	12,0	13,8	11,3
Protektionismus	8,8	26,1	4,6	14,5	10,4

Großunternehmen: mehr als 250 Beschäftigte; stark internationalisiert: auch außerhalb der EU tätig.

Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Die orange Farbgebung verdeutlicht: Großunternehmen und stark internationalisierte Unternehmen sehen einen hohen Einfluss mehrerer Risikofaktoren. Sie schätzen aber auch die Standort- bzw. Investitionsrelevanz der anderen Unsicherheitsfaktoren relativ hoch ein. Nicht internationalisierte Unternehmen haben dagegen niedrige oder mittlere Antwortanteile – was mit Blick auf Standortaspekte nicht verwundert, denn sie haben weniger Möglichkeiten der Standortwahl als große oder stark internationalisierte Unternehmen. Allerdings haben die strukturellen Kostensteigerungen bei den nicht internationalisierten Unternehmen hohe Standort- bzw. Investitionsrelevanz. Dieser Aspekt sticht auch insgesamt heraus – bei allen Unternehmenstypen nennen ihn mehr als ein Drittel der Unternehmen. Ähnliches gilt für den Unsicherheitsfaktor Standortbedingungen, der über drei Unternehmenskategorien hinweg mit über 30 Prozent einen deutlichen Einfluss auf die Standort- bzw. Investitionsentscheidungen hat. Bei den Großunternehmen betrifft das sogar fast die Hälfte aller bayerischen Unternehmen, was ein Indiz dafür ist, dass sich die Standortbedingungen erheblich verschlechtert haben.

Fachkräfte-Engpässe, die, wie vorne gezeigt, am häufigsten mit hohen Risiken verbunden werden, werden auch bei der Frage zur Standort-/Investitionsrelevanz mit Anteilen über oder knapp unter 30 Prozent bei fast allen Unternehmensgruppen vergleichsweise häufig genannt. Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sind mit knapp 20 Prozent etwas zurückhaltender.

Beim Thema Klima-/Umweltpolitik (Standort und Zielmärkte) zeigen alle Unternehmenskategorien eine Einfärbung in mindestens mittlerer orangefarbener Warnfarbe (Anteile zwischen 15 und 30 Prozent). Gleiches gilt für das Thema Finanzmarktkrise.

4.2 Einzelne Standortfaktoren im Vergleich der Unternehmenskategorien

Als Nächstes wird vertieft auf die drei untergeordneten Fragen zu (a) Geschäftsmodellgefährdung, (b) Investitionshemmnis und (c) Auslandsverlagerung eingegangen. Die Zahlen dazu finden sich in den Abbildungen 11 bis 14. Die hinteren drei Spalten der Tabellen stellen Unterkategorien der Frage zur Standort- bzw. Investitionsrelevanz dar. Dargestellt wird allerdings immer der Anteil an allen Unternehmen (Grundgesamtheit der Befragung).

Hinweis zur Interpretation

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss zwischen Standort- und Unternehmenssicht unterschieden werden. Unternehmen können sich bei einer Gefährdung ihres Geschäftsmodells sowohl durch Innovationen als auch durch Auslandsverlagerung neue Chancen eröffnen. Aus Standortperspektive sind Innovationen fördernd für die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft, bei Auslandsverlagerungen hingegen gehen Investitionen und Wertschöpfung verloren, und die Beschäftigungsbasis erodiert. Der Aspekt Investitionshemmnisse ist dagegen sowohl für die Unternehmen selbst als auch für den Standort problematisch.

Der besseren Übersichtlichkeit halber wird die Kategorie der nicht internationalisierten Unternehmen nicht grafisch dargestellt. Das ist fachlich vertretbar, denn hier gibt es zur Auslandsverlagerung kaum Antwortanteile über null.

Hervorzuheben ist allerdings, dass jedes dritte nicht internationalisierte bayerische Unternehmen in den strukturellen Kostensteigerungen ein Investitionshemmnis sieht, bei den Fachkräfte-Engpässen ist es immerhin jedes fünfte Unternehmen. Das zeigt, wie problematisch diese drängenden Probleme für die Breite der deutschen Wirtschaft sind und dass sie über mangelnde Investitionen langfristig das Wachstumspotenzial schwächen.

Abbildung 11

Einfluss auf Standortfaktoren, alle Unternehmen

Risikofaktoren	Standort/Investitionen	Geschäftsmodell	Investitionshemmnis	Auslandsverlagerung
Fachkräfte-Engpässe	27	21	20	7
Strukturelle Kostensteigerungen	39	26	31	8
Cyber-Kriminalität	13	3	2	0
Ausfall kritischer Infrastruktur	13	6	6	2
Finanzmarktkrise	24	11	12	3
Rohstoffverfügbarkeit	18	8	9	2
Lieferkettenprobleme	15	10	10	3
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte	28	12	13	1
Klima-/Umweltpolitik Standort	24	11	13	2
Pandemien	16	10	8	2
Standortbedingungen	28	15	14	4
Geopolitische Risiken	20	6	7	1
Konkurrenzdruck China	15	5	6	2
Standortnachteile bei Digitalisierung	16	5	6	3
Umbrüche durch Digitalisierung	13	7	4	2
Unmittelbare Klimarisiken	12	3	3	0
Protektionismus	9	3	3	3

Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ (s. Abb. 3). Kategorien Geschäftsmodell, Investitionshemmnis, Auslandsverlagerung sind Untergruppen der Kategorie Standort/Investitionen. Angaben in Prozent.
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Ein Blick auf die Antworten aller Unternehmen (Abbildung 11) zeigt, dass die Antwortanteile bei der Geschäftsmodellgefährdung und beim Investitionshemmnis ähnlich hoch ausfallen. Das könnte problematisch sein, denn bei einer Gefährdung des Geschäftsmodells besteht zwar grundsätzlich die Möglichkeit, über Innovationen und stetige Anpassungen Risiken zu beherrschen und Gefahren zu überwinden. Dafür sind aber in der Regel Investitionen nötig. Wenn jedoch der entsprechende Risikofaktor als hohes Investitionshemmnis gesehen wird, gelingt die Anpassung möglicherweise nicht und die Risikowirkungen lassen sich kaum mindern. So sehen beispielsweise 26 Prozent aller bayerischen Unternehmen durch den Unsicherheitsfaktor strukturelle Kostensteigerungen das Geschäftsmodell beeinflusst, und ein sogar noch höherer Anteil von 31 Prozent sieht darin zugleich ein Investitionshemmnis. Eine solche Konstellation stimmt sorgenvoll.

Die bayerischen Unternehmen schätzen die Aspekte Geschäftsmodellauswirkung und Investitionshemmnis größer ein als den Aspekt Auslandsverlagerung. Das verwundert nicht, denn eine Auslandsverlagerung erfordert starke und aufwendige Reaktionen. Zwar sehen hierin relativ wenige Firmen eine Reaktionsmöglichkeit – die Antwortanteile liegen über alle Risikofaktoren oft nur im einstelligen Bereich. Es gibt aber relevanten Ausnahmen (siehe unten). Selbst die überwiegend niedrigen Quoten können nicht beruhigen, da auch begrenzte Abwanderungen dem Standort Bayern empfindlich schaden würden. Zudem sehen Unternehmen, die eine Auslandsverlagerung beabsichtigen, bei einigen Risikofaktoren auch ihr Geschäftsmodell bedroht. Das ist mit Bezug auf alle Unternehmen der Fall bei Fachkräfte-Engpässen (81 Prozent), strukturellen Kostensteigerungen (74 Prozent), Rohstoffverfügbarkeit (72 Prozent) und Standortbedingungen (61 Prozent). Hier dürften die Firmen keine Alternative sehen, als der Bedrohung ihres Geschäftsmodells mit einer Verlagerung ins Ausland zu begegnen.

Beim Vergleich der Risikofaktoren für Standort- und Investitionsrelevanz sehen die bayerischen Firmen strukturelle Kostensteigerungen durchweg als den relevantesten Faktor an. Fachkräfte-Engpässe und Standortbedingungen haben ebenfalls einen relativ hohen Einfluss auf Geschäftsmodelle und Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Bei allen drei Risikofaktoren zeigt sich die erwähnte ungünstige Konstellation mit gleichzeitigem Einfluss auf das Geschäftsmodell und Wirkung als Investitionshemmnis.

Darüber hinaus fällt erneut die problematische gesamte Gemengelage ins Auge: So kommen auch hier zu den aktuellen Problemen wie Lieferkettenproblemen und einer möglichen Finanzmarktkrise langfristige Themen wie Kostensteigerungen, Fachkräfte-Engpässe, Standortbedingungen und auch Klima-/Umweltpolitik (Standort und Zielmärkte) hinzu.

Abbildung 12

Einfluss auf Standortbedingungen, Großunternehmen

Risikofaktoren	Standort/Investitionen	Geschäftsmodell	Investitionshemmnis	Auslandsverlagerung
Fachkräfte-Engpässe	42	24	20	8
Strukturelle Kostensteigerungen	42	22	22	7
Cyber-Kriminalität	21	6	0	0
Ausfall kritischer Infrastruktur	26	8	6	4
Finanzmarktkrise	32	7	14	2
Rohstoffverfügbarkeit	31	19	19	9
Lieferkettenprobleme	25	14	10	5
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte	25	14	13	4
Klima-/Umweltpolitik Standort	48	14	15	8
Pandemien	11	0	4	1
Standortbedingungen	46	21	21	19
Geopolitische Risiken	24	7	10	2
Konkurrenzdruck China	28	15	13	13
Standortnachteile bei Digitalisierung	17	6	6	4
Umbrüche durch Digitalisierung	21	4	0	0
Unmittelbare Klimarisiken	20	6	6	4
Protektionismus	26	14	9	7

Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ (s. Abb. 3). Kategorien Geschäftsmodell, Investitionshemmnis, Auslandsverlagerung sind Untergruppen der Kategorie Standort/Investitionen. Angaben in Prozent.
 Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Aus Sicht der Großunternehmen haben die Risikofaktoren insgesamt einen vergleichsweise hohen Einfluss auf Standort-/Investitionsentscheidungen (Abbildung 12). Der Durchschnitt aller Faktoren liegt bei Großunternehmen bei 29 Prozent und damit deutlich höher als bei allen Unternehmen (19 Prozent). Am höchsten ist der Anteil bei der Klima-/Umweltpolitik am Standort mit 48 Prozent, gefolgt von den Standortbedingungen (46 Prozent) und strukturellen Kostensteigerungen (42 Prozent). Diese Faktoren haben ebenfalls einen hohen Einfluss auf die Geschäftsmodelle und Investitionsentscheidungen. Im Vergleich zu allen Unternehmen verbinden Großunternehmen die Risikofaktoren auch weit öfter als der Durchschnitt aller Unternehmen mit einer potenziellen Auslandsverlagerung. Bei den Standortbedingungen sind es immerhin 19 Prozent der Großunternehmen, die das in Betracht ziehen, beim Konkurrenzdruck aus China 13 Prozent. Hinzu kommt ein im Vergleich zu allen Unternehmen höherer Anteil eines Verlagerungsdrucks durch Protektionismus, den die Großunternehmen im Übrigen auch besonders oft mit hohem Risiko verbinden (49 Prozent).

Abbildung 13

Einfluss auf Standortbedingungen, stark internationalisierte Unternehmen

Risikofaktoren	Standort/Investitionen	Geschäftsmodell	Investitionshemmnis	Auslandsverlagerung
Fachkräfte-Engpässe	34	28	28	11
Strukturelle Kostensteigerungen	37	33	31	15
Cyber-Kriminalität	22	9	2	0
Ausfall kritischer Infrastruktur	15	7	7	5
Finanzmarktkrise	29	12	9	2
Rohstoffverfügbarkeit	21	17	16	8
Lieferkettenprobleme	28	22	22	10
Klima-/Umweltpolitik Zielmärkte	28	5	10	0
Klima-/Umweltpolitik Standort	28	14	16	6
Pandemien	24	21	14	2
Standortbedingungen	32	18	18	12
Geopolitische Risiken	37	13	18	1
Konkurrenzdruck China	35	15	15	6
Standortnachteile bei Digitalisierung	26	9	9	2
Umbrüche durch Digitalisierung	17	10	5	5
Unmittelbare Klimarisiken	14	0	1	0
Protektionismus	14	7	8	8

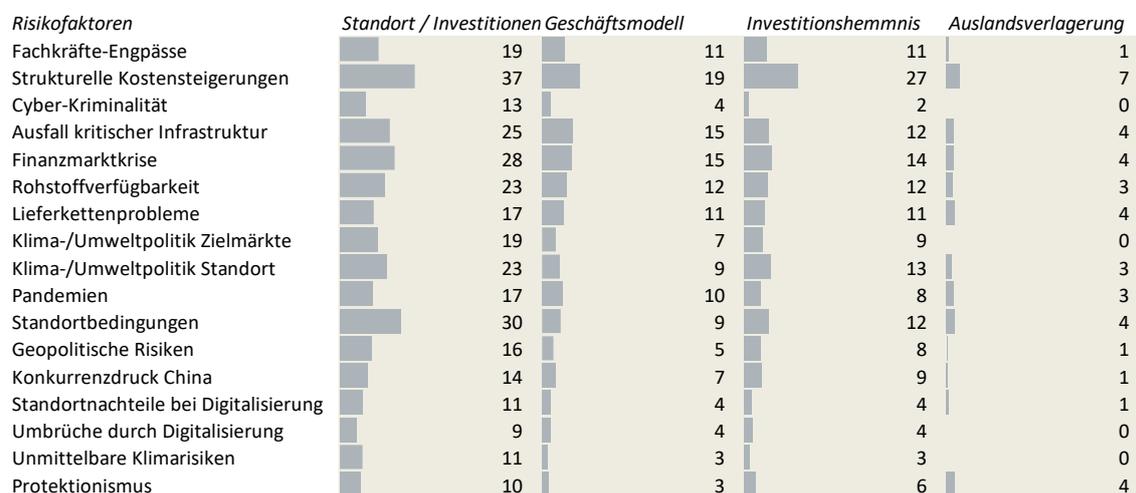
Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ (s. Abb. 3). Kategorien Geschäftsmodell, Investitionshemmnis, Auslandsverlagerung sind Untergruppen der Kategorie Standort/Investitionen. Angaben in Prozent.
Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Bei den stark internationalisierten Unternehmen haben alle Risikofaktoren relativ großen Einfluss auf Standort-/Investitionsentscheidungen und die Unterkategorien (Abbildung 13). Allerdings liegen die Werte etwas niedriger als bei den Großunternehmen. Darüber hinaus fallen neben den bekannten Themen strukturelle Kostensteigerungen und Fachkräfte-Engpässe hohe Antwortanteile auch bei Konkurrenzdruck China, Standortbedingungen und geopolitischen Risiken ins Auge.

Mit Blick auf die Unterkategorien Geschäftsmodell und Investitionshemmnisse spielen Fachkräfte-Engpässe und strukturelle Kostensteigerungen mit Anteilen um die 30 Prozent im Vergleich der Unternehmenskategorien die mit Abstand größte Rolle. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die stark internationalisierten Firmen diese beiden Faktoren deshalb so kritisch bewerten, weil sie leichter als andere Firmen den Vergleich mit dem Ausland ziehen können. Entsprechend sind in der Spalte Auslandsverlagerung bei vier Risikofaktoren die Antwortanteile zweistellig und damit gewichtiger im Vergleich zu allen Unternehmen. Das bereitet aus der Perspektive des Standorts Bayern besondere Sorgen, da stark internationalisierte Firmen hier größere Optionen und mehr Expertise haben. So sehen sich 15 Prozent dieser Unternehmen nicht mehr in der Lage, die strukturellen Kostensteigerungen durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu beherrschen und bekunden eine Verlagerungsabsicht. Beim Faktor Protektionismus sind es immerhin acht Prozent – das ist der höchste Anteil im Vergleich der Unternehmenskategorien. Dahinter dürfte stehen, dass Handelsbarrieren oder die Sorge davor einen klaren Anreiz bilden, den betreffenden Markt statt über Exporte durch Produktion vor Ort zu bedienen.

Abbildung 14

Einfluss auf Standortbedingungen, Verarbeitendes Gewerbe



Ranking nach Antwortanteil „hohes Risiko“ (s. Abb. 3). Kategorien Geschäftsmodell, Investitionshemmnis, Auslandsverlagerung sind Untergruppen der Kategorie Standort/Investitionen. Angaben in Prozent.
 Quelle: IW-Unternehmensbefragung

Im Verarbeitenden Gewerbe (Abbildung 14) ist der Einfluss der Risikofaktoren Standort- bzw. Investitionsentscheidungen nur vereinzelt stärker als im Durchschnitt aller Unternehmen. Dies gilt für Standortbedingungen, den Ausfall kritischer Infrastruktur und Rohstoffverfügbarkeit. Strukturelle Kostensteigerungen haben mit 37 Prozent den höchsten Einfluss, auch die Antwortanteile zu Geschäftsmodell und Investitionshemmnis sind hier vergleichsweise hoch. Im Durchschnitt über alle Risiken sind die Antwortanteile mit 19 Prozent genauso hoch wie bei allen Unternehmen. Auslandsverlagerung spielt hier eine relativ geringe Rolle, was bedingt durch die vielen kleinen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ist.

Literaturverzeichnis

Bardt, H. / Grömling, M. (2023):

Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage. Energiekosten verschärfen Produktionsstörungen, IW-Report, Nr. 9, Köln.

Hüther, M. / Matthes, J. (2023):

Schadet der US Inflation Reduction Act der deutschen Wirtschaft? Einspruch gegen Übertreibungen, Atlantik Brücke, Berlin.

Koenen, M. / Kunath, G. / Obst, T. (2022):

Europa an der Schwelle zur Rezession? Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs, IW-Report, Nr. 40, Köln/Berlin.

Küper, M. / Obst, T. (2023):

Energieintensive Produktion bricht stärker als während der Pandemie ein, IW-Kurzbericht, Nr. 19, Köln/Berlin.

Obst, T. (2023):

Stress im Finanzsystem – Wirtschaftliche Auswirkungen einer Bankenkrise, IW-Kurzbericht, Nr. 25, Berlin.

Tiedemann, J. / Malin, L. (2023):

Jahresrückblick 2022 – Fachkräftesituation angespannter denn je. Kofa Kompakt, Nr. 2, Köln.

vbw (2019):

[Internationale Risiken für bayerische Unternehmen](#), vbw-Studie, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), München.

vbw (2021):

[Internationale Risiken für bayerische Unternehmen](#), vbw-Studie, Update, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), München.

vbw (2022):

[Internationale Risiken für bayerische Unternehmen](#), vbw-Studie, Update, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), München.

Ansprechpartner/Impressum

Dr. Benedikt Rüchardt

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-252
benedikt.ruechardt@vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Abteilung Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw August 2023

Weitere Beteiligte

Institut der deutschen Wirtschaft

Dr. Thomas Obst

030-27877-135

obst@iwkoeln.de

Jürgen Matthes

0221-4981-754

matthes@iwkoeln.de

Edgar Schmitz

0221-4981-733

schmitz@iwkoeln.de